

Protokoll

1. Sitzung der Forschungsunion Wirtschaft–Wissenschaft in der 17. Legislaturperiode

Ort: Akademie der Künste, Berlin

Datum: 25.02.2010

Zeit: 10.00-12.00 Uhr

Teilnehmer: Siehe Teilnehmerliste

1. Begrüßung und Wünsche an die Forschungsunion

Frau Ministerin [REDACTED] bedankte sich bei allen Promotoren für die Bereitschaft, sich aktiv in die Arbeit der Forschungsunion in der 17. Legislaturperiode einzubringen. Sie wies darauf hin, dass Deutschland im weltweiten Vergleich innerhalb der durch Innovation induzierten Wertschöpfung einen Spitzenplatz einnehme. Politisches Ziel sei es, dass Deutschland gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorginge, wozu eine herausragende Innovationskraft erforderlich sei. Das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, das bereits in der vergangenen Legislaturperiode durch die Forschungsunion in dieser Form erstmalig praktiziert wurde, hätte sich bewährt und fände im Rahmen der Forschungsunion für die 17. Legislaturperiode seine Fortsetzung. Sowohl die erfolgreiche Bündelung aller relevanten Ressorts unter dem Dach der Hightech-Strategie als auch die positiven Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft etwa im Rahmen des Spitzencluster-Wettbewerbs sollten als Ansporn und Motivation für die zukünftige Arbeit der Forschungsunion gesehen werden.

Ziel der Hightech-Strategie der Bundesregierung sei es, die Bereiche mit einer besonderen Priorität zu versehen, bei denen ein unmittelbarer Zusammenhang mit politischen Aufgabenstellungen bestünde. In diesen gelte es, sich Ziele zu setzen, die ehrgeizige Forschungsanstrengungen nach sich zögen. Weitere Ziele seien die Übertragung der Hightech-Strategie auf die europäische Ebene, die stärkere Verbindung von Forschungseinrichtungen in Deutschland sowie die Entwicklung von Zukunftsprojekten.

Der Forschungsunion Wirtschaft–Wissenschaft käme dabei eine zentrale Rolle bei der Detailkonzeption und Umsetzung zu. Sie bilde das zentrale Gremium zur Beratung aller innovationspolitischen Fragestellungen im Kontext der Hightech-Strategie und sei daher

mit hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie mit Vertretern aller relevanten Ressorts besetzt.

2. Mission und Ziele der Forschungsunion

■■■■■ betonte, dass es im Rahmen der Arbeit der Forschungsunion darum gehe, Antworten auf die Frage zu finden, wie es Deutschland gelänge, eine internationale Spitzenposition in den zentralen Zukunftsfeldern der Hightech-Strategie zu erlangen. Dies gestalte sich vor dem Hintergrund einer rückläufigen Bevölkerungszahl umso schwieriger. Die öffentlichen Mittel, die heute ausgegeben werden, gelte es als einen „Wechsel auf die Zukunft“ anzusehen, den Wissenschaft und Wirtschaft einzulösen hätten. Das verlange, dass heutige Ausgaben sich positiv auf die Entwicklung und das Leben in der Zukunft auswirken.

Die Mission der Forschungsunion betone ausdrücklich ein Zusammenspiel aller im Innovationssystem Beteiligten. Es gälte, dieses Zusammenspiel nun in den Bedarfsfeldern aufzunehmen und in Promotorengruppen gemeinsam Zukunftsprojekte für das jeweilige Bedarfsfeld zu entwickeln und zu konkretisieren, mit denen es gelänge, den in der Mission genannten Anspruch zu erfüllen. Er forderte die Promotorengruppen auf, sich aktiv in die Diskussion um einen Beitrag der Hightech-Strategie auf europäischer Ebene einzubringen. Ein erster Vorschlag könne dabei der „Export“ des Spitzencluster-Wettbewerbs nach Europa sein. Zudem sei es wichtig, neben den jetzt anstehenden Aufgaben, die bereits in der vergangenen Forschungsunion geführte Diskussion um eine steuerliche Förderung von FuE-Ausgaben fortzusetzen. Vor dem Hintergrund, dass für die effektive Arbeit der Forschungsunion lediglich drei Jahre zur Verfügung stünden, bat ■■■■■ die Promotoren, ihre Rolle schnell einzunehmen und mit den Arbeiten zu beginnen. Zudem bat ■■■■■, sich schnell über eine Zeitplanung aller anstehenden Sitzungen der Forschungsunion zu verständigen.

3. Die Arbeitsweise der Forschungsunion

St. ■■■■■ führte aus, dass sich die Arbeit der Forschungsunion mit der Konkretisierung von Bedarfsfeldern, einer darin angelegten Fokussierung auf Zukunftsprojekte und einer anschließenden Verallgemeinerung der gewonnenen Erkenntnisse auf das Innovationssystem beschreiben ließe. Im Rahmen der Arbeit an den Zukunftsprojekten gelte es an konkreten Beispielen Forschungsbedarfe klar zu benennen, Handlungsoptionen aufzuzeigen sowie Querschnittsfragestellungen und

Rahmenbedingungen zu adressieren. Über die Zeit und die angesprochene Verallgemeinerung hinweg ließen sich Querschnittsfragestellungen identifizieren, die einer gesonderten Bearbeitung zugeführt werden müssten. Er wies darauf hin, dass die im Diskussionspapier zur Hightech-Strategie enthaltenen Zukunftsprojekte als eine Arbeitsgrundlage zu verstehen seien und die Möglichkeit zur Formulierung anderer Zukunftsprojekte durch die Forschungsunion gegeben sei. Er forderte alle Arbeitsgruppen auf bis zur nächsten Sitzung der Forschungsunion erste Entwürfe für Zukunftsprojekte zu erarbeiten.

Geplant sei, dass die Forschungsunion in einem regelmäßigen, vierteljährlichen Turnus tagt. Dabei solle eine Sitzung jeweils im Zeichen eines Bedarfsfelds und den Arbeiten der entsprechenden Promotorengruppe stehen. St. ████████ betonte, dass die Arbeit der Forschungsunion öffentlichkeitswirksam sein solle. Daher seien, neben der Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse der Promotorengruppen auch öffentliche Konferenzen geplant, auf denen die Ergebnisse aller Arbeiten präsentiert und diskutiert würden.

St. ████████ richtete die Bitte an die Promotoren, für jedes Bedarfsfeld eine Person als Sprecher zu benennen. Die Sprecher der Promotorengruppen würden zu einem separaten Termin eingeladen mit dem Ziel die weitere Agenda und Arbeitsweise zu diskutieren. Er kündigte zudem die zeitnahe Übersendung eines Zeitplanes für die weiteren Sitzungen der Forschungsunion in dieser Legislaturperiode an.

4. Kurzstatements zu den Bedarfsfeldern Gesundheit und Klima/Energie

Gesundheit

Vor dem Hintergrund der Trends einer zunehmenden Globalisierung, des Klimawandels und der demographischen Entwicklung leitete ████████ in seinem Kurzstatement die Herausforderungen im Bedarfsfeld Gesundheit ab. Herausforderungen, die die Basis für Zukunftsprojekte bilden könnten, lägen in den Themenfeldern Erbgutanalyse, individualisierte Medizin und einer systemischen Betrachtung von Gesundheit. Ziele lägen im Bereich der Entwicklung von Methoden, die basierend auf Genom- und individuellen Daten eine gezielte Prophylaxe möglich machen. Weitere Ziele lägen in der Methodenentwicklung zur Stärkung der Prävention und in der Entwicklung von Methoden zur Verminderung des Medikamentenkonsums. ████████ wies

abschließend darauf hin, dass neben thematischen Herausforderungen strukturelle Herausforderungen zu benennen und zu bearbeiten seien.

In der sich direkt anschließenden Diskussion wurde betont, dass Gesundheit nicht mit der Abwesenheit von Krankheit beschrieben werden könne und somit eine systemische Betrachtung von Gesundheit eine hohe Relevanz habe. Vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen und Ziele sei es zudem wichtig, Themen der Technologieakzeptanz und der positiven gesellschaftlichen Wahrnehmung mit zu betrachten. Zudem müsse bei der Erarbeitung von Zukunftsprojekten in der Promotorengruppe die Frage der Fokussierung gestellt werden. Hier gelte es Teilsegmente zu finden, deren Bearbeitung mit einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit verbunden sei.

Im Zusammenhang mit der Bildung von Gesundheitsforschungszentren wurde angeregt, dass die Forschungsunion eine Begleiterrolle einnehmen könne.

Klima/Energie

█ präsentierte in Vertretung von █ das Kurzstatement zum Bedarfsfeld Klima/Energie. Ausgehend von bereits positiven Trends beim Thema Energieeffizienz sei absehbar, dass sich der Markt für saubere Energien zu einem weltweiten Megamarkt entwickeln würde. Der Kernenergie würde als Brückentechnologie eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer sauberen Energieversorgung zukommen. Städte und urbane Strukturen hätten in der Klimadebatte eine zentrale Rolle. Sie verursachen 75 Prozent des Primärenergieverbrauchs und seien damit heute schon für über 80 Prozent der weltweit emittierten Treibhausgase verantwortlich. Bis 2020 nehme die Zahl der Menschen, die in Städten leben, weltweit um 1,05 Mrd. Menschen zu. Damit würde der Anteil der Weltbevölkerung, der in Städten lebt, voraussichtlich auf 54,9 Prozent steigen, wobei das Wachstum regional unterschiedlich ausfallen würde. Ginge es in Europa und den USA mehr darum, in bestehenden Strukturen zu optimieren, so lägen die Herausforderungen in China, Indien und Afrika im Neubau gewaltiger Städte und urbaner Strukturen. Eine Zukunftsfähigkeit der Städte setze ressourcensparende und umweltschonende Stadtentwicklung hinsichtlich Energieverbrauch, Wasser- und Abwasserbewirtschaftung, Flächeninanspruchnahme, Luft- und Lärmbelastungen, aber auch Erhaltung von Ökosystemen und Biodiversität voraus. Hier wären technische Innovationen z.B. in den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr gefragt. Ein mögliches

Zukunftsprojekt könnte daher den Titel „Energieautarke Städte made in Germany“ tragen. Ein Ziel könne sein, dass die besten Konzepte und Technologien zum Bau energieautarker Städte aus Deutschland kämen und global eingesetzt würden. Darin müssten neben den technologischen Fragestellungen auch die Entwicklung neuer Konzepte betrachtet werden, die neben einer rein energetischen Sichtweise auch weitere Perspektiven wie Wasser- und Ressourcenschonung, architektonische Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit (von der Entstehung bis zum Recycling) betrachten würden.

In der sich direkt anschließenden Diskussion wurde betont, dass die Schnittstelle zwischen Energie- und Mobilitätsfragestellungen sehr früh identifiziert und bearbeitet werden müsse. Eine frühzeitige Vernetzung der Promotorengruppen der Bedarfsebenen Klima/Energie und Mobilität müsse angestrebt werden. Zudem sollten Betrachtungen zu Fragestellungen der Ökoeffizienz angestellt werden. Es wurde deutlich gemacht, dass neben technologischen und konzeptuellen Herausforderungen vor allem strukturelle Herausforderungen zu meistern seien. Diese lägen in der Bündelung von Anstrengungen der Wissenschaft sowie der Verpflichtung von Wissenschaft und Wirtschaft auf eine gemeinsame Forschungsagenda. Zudem müsse es gelingen, dass sich alle beteiligten Ressorts auf eine gemeinsame Linie einigen. Hierzu wurde durch Ministerin [REDACTED] angemerkt, dass bei der Erstellung des Energieforschungsprogramms alle Ressorts an einem Strang ziehen müssten. Zudem sollte das Programm im Rahmen der Forschungsunion debattiert werden.

5. Generaldebatte

In der sich anschließenden Generaldebatte wurde die hohe Relevanz der Hightech-Strategie für eine ressortübergreifende Forschungs- und Innovationspolitik durch Vertreter der beteiligten Ressorts betont und die Zusage zur Kooperation abgegeben. St. [REDACTED] stimmte überein, dass eine steuerliche FuE-Förderung notwendig und dass ein Energieforschungskonzept der Bundesregierung von den beteiligten Ressorts gemeinsam zu entwickeln sei. St. [REDACTED] führte aus, dass die von [REDACTED] genannten Ziele der Energieeffizienz und CO₂-Minderung auch für das BMU essentiell seien. Zudem wurde die hohe Bedeutung der Querschnittsfragestellungen betont. Hier sollten Fragestellungen wie Innovationsfinanzierung, Normung, Patente, Gründung sowie Fragestellungen zu Technologieakzeptanz und Innovationen bei

interministeriellen Kooperationen von der Forschungsunion behandelt werden. Hierzu wurde von Ministerin [REDACTED] die Bildung einer weiteren Arbeitsgruppe angeregt, die sich um sozialwissenschaftliche Themen und Querschnittsfragestellungen kümmern solle. Diese solle aus [REDACTED], [REDACTED] und einem weiteren noch zu berufenden Promotor gebildet werden und sich unmittelbar den Fragestellungen zu Innovationsfinanzierung, Technologieakzeptanz, Demographie und weiteren sozialwissenschaftlicher Themen annehmen.

In Bezug auf Elemente einer innovationsfreundlichen Finanzpolitik wurde durch Ministerin Schavan angeregt, das direkte Gespräch mit dem Finanzminister zu suchen. Hierzu solle ein Termin gefunden werden an dem dieses Thema gemeinsam mit Vertretern des BMWi, Vertretern der Forschungsunion, Ministerin [REDACTED] und dem Finanzminister diskutiert werden solle.

Ein weiterer Punkt im Rahmen der Generaldebatte war die Ausrichtung der Hightech-Strategie in Richtung Europa. Diese Entwicklung solle aus allen Bedarfsfeldern heraus adressiert werden. Es sei ein schnelles Handeln erforderlich um die Diskussionen um das 8. Rahmenprogramm mit diesen Aspekten anzureichern. Der Vorschlag, die KIC's innerhalb des EIT, in denen Deutschland in der Führungsfunktion sei, zu nutzen, um Instrumente und Wege zu einer Verortung der Hightech-Strategie in Europa aufzuzeigen, traf auf Zustimmung. Diese Idee solle aufgegriffen und ein entsprechender Vorschlag erarbeitet werden. Dieser solle anschließend mit den neuen EU-Kommissaren diskutiert werden.